

Kommunalpolitische Erklärung

der GRÜNEN Hauptamtlichen in den hessischen Kommunen und Kreisen

und der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Darmstadt, 11. März 2011

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen den Oberbürgermeister von Bad Homburg und vier weitere Bürgermeister im Land als direkt vom Volk gewählte Amtsinhaber. Daneben sind in den Kommunen und Kreisen Hessens insgesamt 19 GRÜNE hauptamtliche Dezernentinnen und Dezernenten tätig. Die Hälfte der Hessinnen und Hessen leben in Kommunen oder Kreisen, in denen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommunale Regierungsverantwortung tragen.

Diese erfolgreiche Position wollen wir in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren ausbauen. Im Mittelpunkt stehen dabei für uns die Inhalte und konkreten Lösungen für die Probleme vor Ort. Hierzu arbeiten wir auf Landes- und kommunaler Ebene an Konzepten und zeigen durch die Erfolge unserer Kommunalpolitik in den vergangenen Jahren, wie es konkret vor Ort besser geht.

GRÜNE Konzepte für Umwelt, Energie und Verkehr

GRÜNE im Land und in den Kommunen setzen auf eine Energie- und Klimapolitik, die die drei E in den Mittelpunkt stellt: Energie einsparen, Energieeffizienz steigern und Erneuerbare Energien ausbauen. Dabei spielen die regionalen Energieversorger ein wichtiges Gegengewicht zu den Strom-Oligopolisten von RWE, EON & CO. Durch GRÜNE Politik werden Stadtwerke gestärkt, die wir beim Ausbau einer dezentralen Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien unterstützen wollen, die zeitgemäß und bezahlbar ist. Dadurch zeigen wir Alternativen zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten von Schwarz-Gelb auf Bundesebene auf, die unter Mithilfe der Hessischen Landesregierung durchgesetzt wurden. Atomstrom ist hochriskant und seine Erzeugung produziert Jahrtausende strahlenden Atommüll. Dieses Risiko wird auch anhand des hessischen Schrottreaktors Biblis mit seinen bisher hundert Störfällen exemplarisch deutlich.

Zu den GRÜNEN Projekten im Umweltschutz gehört auch eine kommunale Verkehrspolitik, die den Umstieg vom Auto auf Bahn, Straßenbahn und Bus attraktiv macht. GRÜNE haben gezeigt, dass dies mit einer Verbesserung des Angebots beispielsweise durch die Schaffung von Verkehrsverbünden und der Erschließung auch ländlicher Räume für den öffentlichen Nahverkehr möglich wird. Klimaschutz vor Ort bedeutet zugleich die Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen für alle. Wir stehen für eine Stadtentwicklung, die dem zu Fuß gehen und Radfahren als umweltfreundlichsten Formen der Mobilität Vorrang einräumt. So arbeiten die GRÜNEN daran, attraktive und lebenswerte Kommunen zu schaffen. Dazu gehört auch, dass der Schadstoffausstoß des Verkehrs begrenzt und reduziert wird. Wir wollen die positiven Erfahrungen mit der Frankfurter Umweltzone auf eine regionale Umweltzone Rhein-Main übertragen, weil nur so das stark vernetzte Rhein-Main Gebiet seine Aufgaben im Bereich der Luftreinhaltung erfüllen kann.

GRÜNE Konzepte für eine gerechte Gesellschaft

GRÜNE wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können und gleiche Bildungschancen erhalten. Aufgrund der wachsenden Strukturunterschiede zwischen Stadt und Land, die auch auf den demografischen Wandel

zurück zu führen sind, braucht es hier neue Antworten. Für die sozialen Brennpunkte der Städte und den ländlichen Raum wollen wir GRÜNE beispielsweise eine verbesserte Gesundheitsversorgung durch den Einsatz von Einrichtungen der Gemeindepflege und die Schaffung von Gemeinschaftspraxen. Viele der sich stellenden Aufgaben können nur durch das Neu-Denken der Strukturen gelöst werden.

Damit Bürgerinnen und Bürger sich mit ihrer Kommune verbunden fühlen, müssen neben dem Wahlrecht zu den Kommunalparlamenten, das nur alle fünf Jahre ausgeübt werden kann, Formen der Bürgerbeteiligung geschaffen werden, die auch in Einzelfragen Teilhabe ermöglichen. GRÜNE setzen sich sowohl auf Landes wie auf Kommunalebene für die Möglichkeiten des Volksbegehrens bzw. Bürgerbegehrens ein, um politische Fragen auf die Tagesordnung zu bringen, die in den Augen der Bürgerinnen und Bürger nicht sachgerecht behandelt wurden. Die Möglichkeit des Bürgerbegehrens wurde in Hessen durch ein Gesetz auf Initiative der GRÜNEN während ihrer Beteiligung an der Landesregierung im Jahr 1993 geschaffen.

GRÜNE Konzepte für bessere Bildung

Die Kommunen leisten einen erheblichen, in den letzten Jahren immer größer gewordenen Teil der Bildungsarbeit, insbesondere im zunehmend wichtiger werdenden frühkindlichen Bereich. Bestmögliche individuelle Förderung ist dabei GRÜNES Leitbild. Um dies umzusetzen, wollen wir GRÜNE die Kindergärten weiterentwickeln und zu Bildungsgärten ausbauen. Der Übergang vom Bildungsgarten in die Grundschule wollen wir kindgerecht gestalten und die Zusammenarbeit der Einrichtungen besser organisieren. Den Ausbau von Ganztagschulkonzepten und Schulsozialarbeit wollen wir voran treiben. Auch bei der Organisation des Schulsystems heißt es, ausgetretene Pfade zu verlassen. Die Kreise und Kommunen als Schulträger wissen, dass ein strikt gegliedertes Schulsystem schon aufgrund von immer weniger Schülerinnen und Schülern in den Hauptschulen von immer weniger Eltern akzeptiert wird. DIE GRÜNEN haben auf Landesebene dazu das Konzept der Neuen Schule entwickelt, auf der man vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur alle Abschlüsse machen kann und längeres gemeinsames Lernen verwirklicht wird. Auch bei zurückgehenden Schülerzahlen wird es so möglich sein, alle Abschlüsse an einem Ort anzubieten.

GRÜNE Konzepte für die Wirtschaft

GRÜNE Wirtschaftspolitik orientiert sich an den konkreten Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und nicht an abstrakten Wachstumszielen, die oft im Widerspruch zu den kommunalen Interessen stehen. Wir treten für lebendige Innenstädte ein, die ein Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen bieten. Diese sorgen dafür, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt. Dem immer weiteren Flächenverbrauch beispielsweise durch Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ wollen wir stoppen.

Durch unsere dezentrale Energiepolitik und den Einsatz der Erneuerbaren Energien konnten bundesweit bereits 340.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese sind vielfach im örtlichen Handwerk, das Installation und Wartung von dezentralen Anlagen vornimmt, entstanden. Auch Hessen hat bereits stark davon profitiert. Dies sind Erfolge der GRÜNEN Energiepolitik, wie sie von uns seit 1998 in der Bundesregierung konzipiert wurde.

Was für die gewerbliche Wirtschaft gilt, hat auch in der Landwirtschaft seine Berechtigung. Durch regional erzeugte ökologische Lebensmittel kann die hessische Landwirtschaft ihre geografischen und strukturellen Nachteile gegenüber anderen Regionen Deutschlands wettmachen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen gesunde, gentechnikfreie und gutschmeckende Lebensmittel aus der Region. Diese liefert die hessische Landwirtschaft in immer größerem Maße. Durch die gezielte Förderung dieser Produktionsweise wollen GRÜNE die noch nicht entwickelten Potentiale erschließen. Dazu setzen wir uns auf Landesebene für

eine anreizstärkende Förderung des ökologischen Landbaus ein, um den durch die schwarz-gelbe Landesregierung zu verantwortende Rückstand Hessens bei der ökologischen Produktion abzubauen.

GRÜNE im Land und den Kommunen gemeinsam für Kommunalinteressen

DIE GRÜNEN im Landtag ,den Kommunen und Kreisen setzen sich gemeinsam für die Wahrung der kommunalen Interessen ein, damit die Kommunalebene als Basis der staatlichen Verfasstheit mit den Mitteln und Kompetenzen ausgestattet wird, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und die Schaffung und Erhaltung lebenswerter Orte braucht. Dies ist eine dauerhafte Aufgabe, wie sich an den wiederkehrenden Eingriffen der Landesregierung zeigt, die den Kommunen immer wieder ihnen zustehende Finanzmittel entzogen oder Aufgaben übertragen hat, ohne für die notwendige Finanzausstattung zu sorgen.

Die GRÜNEN setzen sich für eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ein, die der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen bei der Erfüllung örtlicher und überörtlicher Aufgaben endlich angemessen Rechnung trägt. Hier hat die CDU/FDP- Landesregierung in den vergangenen 12 Jahren vollständig versagt. Wir GRÜNE wollen, dass systemwidrigen Einzeleingriffen, wie sie die Landesregierung mit ihrer diesjährigen Kürzung von 344 Millionen EURO aus dem KFA erneut vorgenommen hat, dauerhaft ein Riegel vorgeschoben wird.

Die GRÜNEN sprechen sich für solide öffentliche Finanzen aus. Deshalb befürworten sie auch die Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung, über die am 27. März ebenfalls abgestimmt wird. Dies darf aber nicht zu einem Sparen zu Lasten der Kommunen gehen, weshalb es so wichtig war, dass die GRÜNEN den von ihnen geforderten finanziellen „Schutzwall“ für die Kommunen im abzustimmenden Text verankern konnten.

Um den Kommunen ausreichende eigene Einnahmen zu ermöglichen, sprechen sich die GRÜNEN für den Erhalt der Gewerbesteuer als originärer kommunaler Steuer aus.

Die in Hessen von CDU und FDP aufgrund ihrer neoliberalen Ideologie beschlossene Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen wird von den GRÜNEN nach wie vor abgelehnt. Den Kommunen muss es ermöglicht werden, ihre Aufgaben wirtschaftlich effizient zu erfüllen.

Wo GRÜN regiert, geht's besser

Wo GRÜN regiert, kommen die Anliegen der Menschen vor Ort voran. Wir wollen in noch mehr Kommunen und Kreisen Hessens und 2014 auch im Land Verantwortung übernehmen, um diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen.